

Unternehmer gegen „Schul-Experimente“

VSU: Längere Grundschule würde Saarland zu ideologischem „Versuchslabor“ machen

Der Widerstand gegen das geplante fünfte Grundschuljahr wächst. Jetzt hat auch die Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände dem Vorhaben eine Absage erteilt. Sie warnt davor, das Saarland zum „Versuchslabor“ zu machen.

Saarbrücken. Bildungsminister Klaus Kessler (Grüne) trifft mit seinem Plan, die Grundschulzeit um ein Jahr zu verlängern, auf eine immer breitere Ablehnungsfront. Gestern reihte sich dort auch die Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU) ein. Deren Hauptgeschäftsführer Joachim Malter erklärte, Kesslers Projekt basiere „weitgehend auf ideologischer Augenwischerei“. Statt die eigentlichen Probleme zu lösen, würden neue geschaffen. Die Saar-Schulen dürften „nicht zum Versuchslabor für bildungspolitische Experimente werden“.

Malter unterstrich, der richtige Ansatzpunkt wäre die individuelle Förderung der schwächeren Grundschüler. Das erreiche man aber nicht durch längeres gemeinsames Lernen, sondern durch kleinere Schulklassen oder gezielten Förderunterricht.



Im Saarland ringen Politik und Verbände um die Frage, wie lange Kinder die Grundschule besuchen sollen.

Foto: dpa

Zudem schade der geplante Alleingang des Landes beim fünften Grundschuljahr dem Standort Saarland. Malter sprach von einer „Hürde für den Zuzug qualifizierter Fachkräfte“. Diese überlegten es „sich zukünftig zweimal, ob sie mit ihrer jungen Familie ins Saarland ziehen“. Denn sie müssten befürchten, dass es beim Umzug zu Schwierigkeiten für ihre Kinder kommt, so Malter.

Derweil forderte Verdi-Landesleiter Alfred Staudt die Parteien zum „konstruktiven Dialog“ über die Reform „unter Einbeziehung der Betroffenen“ auf und warnte vor „ideologischen und wahltaktischen Pseudostrukturdebatten“. Es gehe um mehr Qualität, Chancengleichheit und Ganztagsangebote. Staudt erklärte, um all dies zu realisieren, werde man künftig eher mehr Geld als bisher ausgeben müssen.

Die Landeselterninitiative für Bildung als Mitinitiatorin des „Gemeinsamen Appells für gelingende Schulen! Kein 5. Grundschuljahr!“ wies derweil Kesslers Vorwurf zurück, man müsse angesichts der begonnenen Unterschriftensammlung gegen die Reform das „ernsthafte Interesse“ der Organisatoren „an einem konstruktiven Dialog in Frage stellen“. Der Sprecher der Initiative, Bernhard Strube, erklärte, ein längeres gemeinsames Lernen mache Sinn, wenn es sich nach dem Vorbild vieler anderer europäischer Länder auf die gesamte Dauer der Pflichtschulzeit – also bis zum neunten Schuljahr – erstrecke. Genau dies wolle die Koalition aber für die Zukunft ausdrücklich ausschließen. *nof*